

HEUTE

Die Brisanz des Einigungsvertrages wird in den Klammern deutlich

Seite 2

Warum Pakistans „BB“ scheiterte

Seite 4

Der Schauspieler Martin Lüttge über sich und den „Theaterhof“

Seite 5

Fachhochschulen profilieren sich

Seite 8

Die provokante Studie eines BRD-Unternehmers (Fortsetzung)

Seite 9

STANDPUNKT

Tag X

Eine alte Putschistenerfahrung besagt, daß in einem Sommerurlaubsmonat die Zeichen am günstigsten stehen. Nicht wenige Völker mußten das bereits erkennen, und nun, im heißen August 1990, scheint es, als bliebe dies auch dem deutschen nicht erspart.

Vieles spricht dafür, daß heute, da die Volkskammer zusammentritt, ein fataler Tag X kommen könnte. Zumindest hat es so mancher prophezeit, herbeigewünscht — und auch sorgsam vorbereitet. Sich seriös gebende Politiker unterscheiden sich in ihren Aussagen nur wenig von einem billigen Massenblatt, das am Dienstag ankündigte: Die DDR verschwindet schon diese Woche. Man spricht von Koalitionsbruch, Sofortkapitulation und Notanschluß, dattiert all das wenn nicht gerade auf den heutigen Mittwoch so doch auf eine baldige Zukunft. Beitritts- und Wahltermine werden wie auf einer verkehrten Auktion gehandelt, bei der einer den anderen zu unterbieten sucht.

Motive dafür, beim letzten Akt des Sommertheaters die Masken fallen zu lassen, gibt es unterschiedliche: Freude am Staatsstreich schlechthin wohl nicht, eher Genugtuung darüber, daß endlich das Not-schlachten beginnt, oder die Hoffnung der am Desaster schuldigen (und wer von den staatstragenden Parteien gehört nicht dazu?), den Schwarzen Peter vielleicht doch dem anderen zuschieben zu können.

Lediglich ein einziger Bewegunggrund fehlt: der Gedanke an das Volk der Noch-DDR und seine wahren Probleme.

Wer sich zu Jahresbeginn ausgemalt hat, wie der Tag der Einheit wohl einmal sein würde, der mag an feierlichen Orgelklang und nicht an schrille Sirenen gedacht haben. Was sollen wir mit einer Hymne, in der von Recht und Freiheit die Rede ist? Das banale Lied „Fuchs, du hast die Gans gestohlen“ wäre passender, für das einig Vaterland.

FRANK WEHNER

Vom Senat beschlossen:

Fristenregelung im Land Berlin

Berlin (ND). Im künftigen Land Berlin soll die in der DDR geltende Fristenregelung für den Schwangerschaftsabbruch gelten. Die Übernahme dieses Gesetzes für den Westberliner Bereich beschloß am Dienstag der Senat auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem Magistrat im Ostberliner Roten Rathaus. Wie es in Senatskreisen hieß, sei es nicht akzeptabel, daß in Gesamtberlin nach zwei verschiedenen Strafrechtsregelungen vorgegangen werde.

Bis zur Neuregelung durch ein gesamtdeutsches Parlament, so ist in dem Beschluß definiert, gelte im zukünftigen Land Berlin einstweilig die DDR-Lösung, wonach ein Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche straffrei ist. Nicht das „Wohnortprinzip“ sei anzuwenden, sondern das „Tatortprinzip“. Danach kann auch eine Frau aus dem Westen, die den Abbruch in der DDR vornehmen läßt, nicht bestraft werden. Der Senatsbeschluß soll als Anlage zum zweiten Staatsvertrag eingebracht werden.

Senat und Magistrat verhandeln auf ihrer Dienstagsitzung rund 50 Tagesordnungspunkte.

(Siehe Seite 7)

Was viele befürchtet haben, Staatssekretär Kintz bestätigt es:

DDR-Arbeitslosenzahl verdoppelt, BRD erlebt Beschäftigungsboom

Von HANNELORE HÜBNER

Mit den neuesten Zahlen der Arbeitslosen konfrontiert — bekanntgemacht gestern in der Zentralen Arbeitsverwaltung — zeigte sich die Reihe der Arbeitssuchenden im Amt nebenan wenig beeindruckt. Die 47-jährige Bärbel N. sprach wohl aus, was viele in der Schlange nur dachten: „Ich teile das Schicksal der Arbeitslosigkeit bereits mit meinen beiden Töchtern. Da interessiert mich weniger, wie vielen es noch so geht wie uns, als vielmehr, wann endlich wieder Arbeitsplätze für alle da sind.“ Darauf wird zu warten sein.

Offiziell waren Ende Juli in den Arbeitsämtern der DDR 272 017 Arbeitslose registriert, 129 921 mehr, also fast doppelt so viele wie einen Monat zuvor. Besonders betroffen sind Frauen — von denen 140 481 per 31. Juli ohne Arbeit waren —, sowie Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren, deren Anteil mit 54 700 auf 20,1 Prozent der Erwerbslosen gestiegen ist. Lediglich 4615 Arbeitssuchende konnten durch Arbeitsämter eine neue Beschäftigung finden; der Bestand an of-

fenen Stellen hat mit 27 728 einen neuen Tiefstand erreicht. Aber weitere 192 980 Beschäftigte wissen schon jetzt, daß sie spätestens am Jahresende ohne Arbeit sein werden: ihre Betriebe haben bevorstehende Entlassungen bereits gemeldet. Diese Angaben machte der amtierende Leiter der Zentralen Arbeitsverwaltung, Staatssekretär Horst Kintz, auf einer Pressekonferenz am Dienstag in Berlin.

Ursache der neuerlichen Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt sei zum einen das Bemühen vieler Unternehmen, mit wesentlich geringeren Personalkosten die Bilanzen nach der Währungsreform günstiger zu gestalten. Zum anderen sei es die sich rapid verschlechternde Auftrags- und Absatzlage. Letzteres hat dazu beigetragen, daß auch die Zahl der Kurzarbeiter drastisch angestiegen ist. Bereits Mitte Juli waren in über 6000 Betrieben 658 277 davon betroffen. Inzwischen dürfte die angekündigte Zahl von 846 616 erreicht, wenn nicht sogar überschritten sein. Etwa die Hälfte von ihnen ist

praktisch arbeitslos, ihre Arbeitszeit beträgt null Stunden.

Wenig Hoffnungsvolles gibt es auch vom Lehrstellenmarkt zu berichten. Zu den 9069 Schulabgängern ohne Ausbildungsplatz gesellen sich inzwischen noch 10 446 deren Lehrvertrag wieder gelöst wurde. Freie Stellen indes sind so gut wie nicht mehr vorhanden.

Zu gleicher Zeit ist aus dem Bundeswirtschaftsministerium zu vernehmen, das Tempo der Beschäftigungsentwicklung in der BRD vollziehe sich, wie es vergleichsweise nur in der Aufbauphase der 50er Jahre zu beobachten gewesen sei. Mit 28,4 Millionen Beschäftigten hat die Bundesrepublik den höchsten Stand in der Geschichte des Landes erreicht, was angesichts des erheblich vergrößerten Absatzmarktes wenig verwunderlich ist. Wenn dennoch im Juli 1 863 000 Arbeitslose registriert werden mußten, liegt die Vermutung nahe, daß in der DDR noch lange kein Silberstreif am Horizont des Arbeitsmarktes auszumachen sein wird. (Kommentar Seite 2)

Es scheint klar: Am 14. Oktober wird nicht gesamtdeutsch gewählt

Nun Mehrheit für raschen Beitritt

Bonn/Berlin (ND-Helling/Grimm). In großer Besetzung waren am Dienstag in Bonn die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP einseits sowie die oppositionelle SPD andererseits zu einem fast einstündigen Spitzengespräch zusammengetroffen, doch das Ergebnis am Ende war recht mager. Wie Bundeskanzler Kohl vor der Presse mitteilte, sei man sich zwar über einen frühestmöglichen Beitritt der DDR zur BRD einig gewesen, nicht aber über eine Vorverlegung der Wahlen auf den 14. Oktober. Kohl ließ keinen Zweifel, daß er hinter dem Vorschlag von de Maizière stehe. Unterstützung erhielt der Regierungschef von den Vorsitzenden der CSU, Theo Waigel, und der FDP, Otto Graf Lambsdorff.

Anders die SPD. Sie vermag einer solchen Argumentation nach den Worten ihres Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine und des Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel nicht zu folgen. Schneller Beitritt ja, wobei man vom 15. September sprach, aber dann sollte die jetzige Bundesregierung bis zum regulären Wahltermin am 2. Dezember in die Pflicht genommen werden für die Lösung der sozialen Fragen in der DDR.

In der heute beginnenden Bundestagsondersitzung zum Wahl-

vertrag und zum Einigungsvertrag will die Koalition einen Antrag einbringen, in dem sie die Haltung der DDR-Regierung unterstützt.

Sitzungs-Marathon am Dienstag auch in Berlin — und wie in Bonn keine Einigkeit in der Sache. Geübt hat sich der Koalitionsausschuß der DDR-Regierungsparteien nur über die Verfahrensweise: Auf der heutigen Volkskammertagung wird es zwei Anträge zu Wahltermin und Beitritt geben, teilte CDU-Fraktionschef Dr. Günther Krause vor der Presse mit.

Die CDU will dabei bleiben, die verfassungsgebenden Organe der Bundesrepublik zu bitten, die Möglichkeit zu schaffen, daß am 14. Oktober der Beitritt der DDR und die ersten gesamtdeutschen Wahlen stattfinden können. Sie wird darin von der DSU und den Liberalen unterstützt. Demgegenüber wollen die Sozialdemokraten beantragen, daß der Beitritt spätestens zum 15. September erfolgt und die Wahlen am 2. Dezember stattfinden.

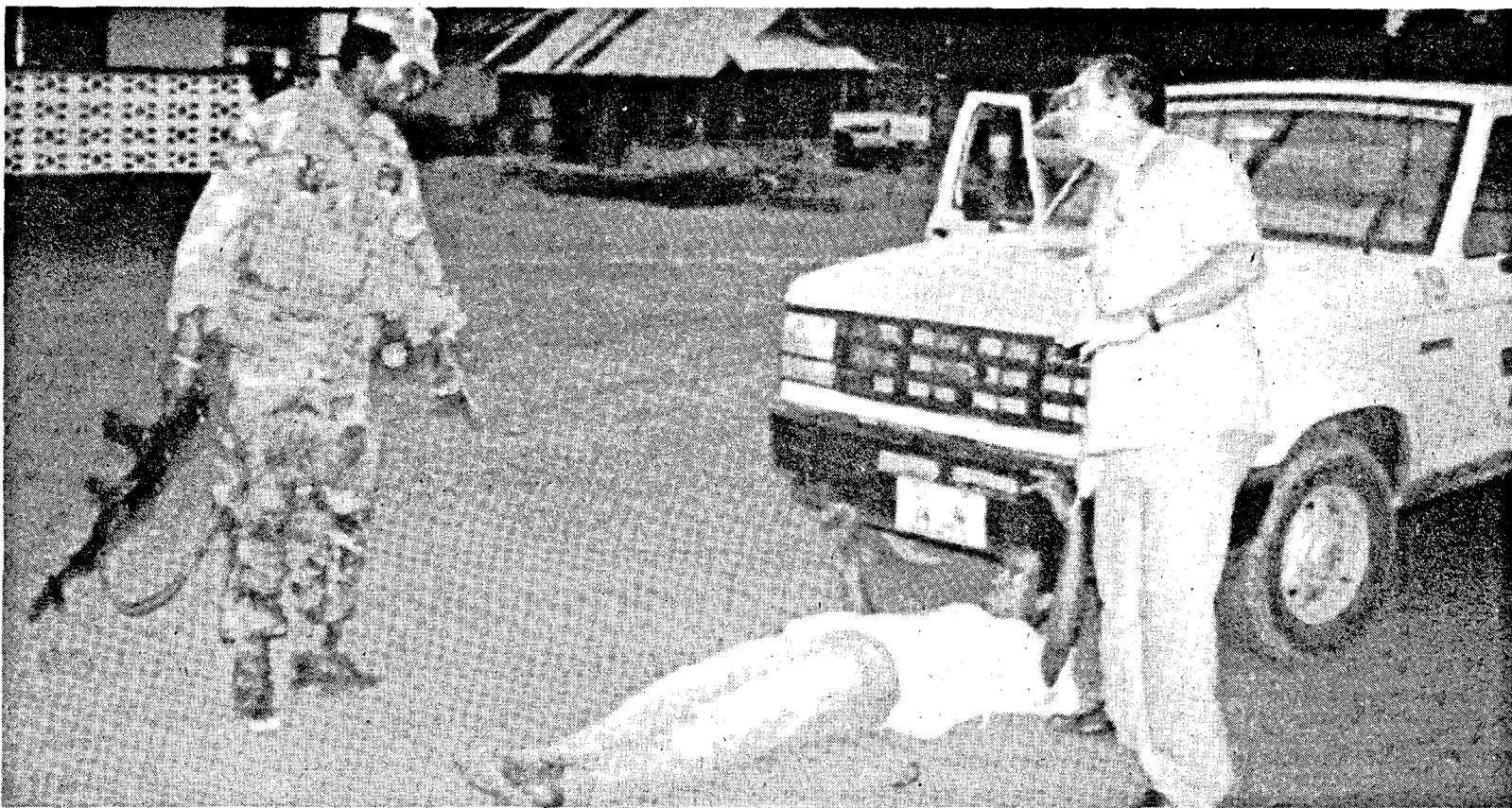
Günther Krause betonte, die Abstimmung über die zwei Anträge wolle man nicht als Abstimmung über die Koalitionsfrage verstanden wissen. Die SPD-Fraktion beschloß am Dienstagabend

bereits, weiter in der Regierung zu bleiben.

Im Namen der PDS-Fraktion erklärte deren stellvertretender Vorsitzender Dr. Dietmar Keller zu einem angekündigten erneuten DSU-Antrag, der BRD nach Artikel 23 beizutreten: „Nach unserer Auffassung setzt die Vereinigung beider deutscher Staaten die Klärung einer Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen voraus, die zwischen den Regierungen beider Länder ausgehandelt und durch Volkskammer und Bundestag geprüft und bestätigt werden müssen. Die Wahrung der Interessen unserer Bürger verbietet es, diese notwendigen Schritte allein der BRD-Seite zu überlassen. Es gibt eine Logik in der Reihenfolge der zu klärenden Fragen, die bei dem vorgeschlagenen Weg größtenteils vertetzt werden würde.“

Weiter wird betont: „Wenn die DDR-Regierung, die offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, den Prozeß der deutschen Einheit und vor allem deren wirtschaftliche Aspekte zu beherrschen, sich aus ihrer Verantwortung stehlen will, dann geht das zu Lasten der Bürger der DDR. Die PDS ist in vollständiger Übereinstimmung mit ihrem Wählermandat, wenn sie einer solchen Kapitulationspolitik ihre Zustimmung versagt.“

Und Sekunden später war der Wehrlose am Boden tot...



Mordzeuge Kamera: Der liberianische Rebellenführer Prince Johnson (l.) in seinem sechs Kilometer außerhalb von Monrovia entfernten Basiscamp, kurz bevor er den auf der Erde liegenden Mann im Rot-Kreuz-Hemd erschießt. An ihn gekettet ist der französische Arbeiter Jacques Montovroy, der sich inzwischen in Sicherheit befindet (Siehe auch Seite 3)

Telefoto: AP/Sinclair

ANC gibt bewaffneten Kampf auf — Frieden am Kap?

Von REINO GEVERS, Johannesburg

Die südafrikanische Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) hat am Dienstag mit sofortiger Wirkung des bewaffneten Kampfes erfüllt. Die Regierung verpflichtete sich dazu, den Ausnahmezustand in der Unionhervorhebung Natal so „schnell wie möglich“ aufzuheben und wichtige Teile des internen Sicherheitsgesetzes, das Polizeikräften umfangreiche Machtbefugnisse gibt, aufzuheben.

Die Regierung hatte sich verpflichtet, etwa 1500 politische Gefangene bis spätestens 30. April 1991 freizulassen und Straffreiheit

für Zehntausende Exilanten garantieren. Damit waren für den ANC die wichtigsten Bedingungen für die Suspendierung des bewaffneten Kampfes erfüllt. Die Regierung verpflichtete sich dazu, den Ausnahmezustand in der Unionhervorhebung Natal so „schnell wie möglich“ aufzuheben und wichtige Teile des internen Sicherheitsgesetzes, das Polizeikräften umfangreiche Machtbefugnisse gibt, aufzuheben.

Trotzdem war offensichtlich,

daß die beiden gerade in dem letzten wichtigen Punkt noch nicht einig waren. Die Regierung habe die Polizei nicht unter Kontrolle, und Sicherheitskräfte seien aktiv an den Gewalttaten im Lande beteiligt, sagte Mandela. Der ANC erwarte entsprechende Maßnahmen. „Ich möchte nicht das letzte Wort haben“, sagte de Klerk. „Wir haben lange über diesen Punkt diskutiert. Wir werden die erforderlichen Schritte unternehmen.“

Mandela betonte, daß Massenproteste und Boykottaktionen der Bevölkerung so lange als politisches Mittel benutzt würden, bis das Volk selbst zufrieden sei. Geplant hatte das ganze Land auf das Ergebnis dieser Gespräche gewartet. Am Morgen dann die Schlagzeilen in den Tageszeitungen: „Waffenstillstand — Frieden nach 30 Jahren Krieg“, schrieb die Zeitung „The Daily Mail“ in großen Buchstaben.

(Kommentar Seite 2)

Freiwild für einheimische Wucherer und westliche Spekulanten jetzt auch Einzelhändler und Gewerbetreibende

„Gemeinnützige“ fordert zehnfache Miete

Von BIRGITT PÖTZSCH

Nebenstehender Brief hätte bei Familie Schmidt zu keinem ungünstigeren Termin kommen können. Gerade jetzt haben die Schmidts, die ein kleines Lebensmittelgeschäft am Magdeburger südöstlichen Stadtrand betreiben, einen Kredit aufgenommen. Ein Heißblutonen für sämtliche Gararten, moderne Kühlschränke mit blanken Arbeitsplatten sowie eine kombinierte Fritier- und Herdplatte wurden angeschafft. Schmidts versuchen, konkurrenzfähig zu bleiben. Das ist übrigens nicht nur für die Familie, sondern auch für ihre Kunden, die Einwohner des Industrieviertels Salbke, wichtig. Hier gibt es keine große Kaufhalle.

1939, als die kleine Siedlung der Magdeburger gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaft fertiggebaut war, mietete Vater Wilhelm Schmidt die Verkaufsstelle, bot Lebensmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs an. Und der Laden lief. So war es natürlich, daß sein Sohn Hans-Joachim 1969 in die Fußstapfen des Vaters trat. Als man jetzt allerorts vom Programm zur Förderung und Entwicklung mittelständischer Unternehmen und des Handwerks in der DDR sprach, das schließlich die Reserve zur Arbeitsplatzbeschaffung sein

sollte, bekam auch der 25-jährige Enkel Axel Lust, in das Familienunternehmen einzusteigen. Der junge Mann ist gelernter Koch und hat vor, seine speziellen Kenntnisse für den Aufbau eines Party-Service in die Lebensmittelhandlung einzubringen. Doch die plötzliche Mieterhöhung auf das Zehnfache für das kleine Geschäft läßt alle Träume platzen. „Soviel schmeißt der Laden — bei allen Anstrengungen — zur Zeit nicht ab“, kommentierte Axel Schmidt resignierend.

Die Familie Schmidt ist kein Einzelfall. Hausgemacht und deshalb unverständlich sind die wüßhühnerischen Mietpreiserhöhungen nicht nur der „gemeinnützigen“, sondern auch der kommunalen Wohnungsbauverwaltung, die allein in Magdeburg 60 Prozent der Gebäude und Grundstücke verwaltet. Die Ladenmieten wurden auf das Zehnfache erhöht und liegen damit mehr als 100 Prozent über dem vergleichbaren Mietpreis der BRD.

Zudem sprechen in diesen Tagen immer mehr ehemalige Hausbesitzer aus der BRD und insbesondere deren Erben in spekulativer Absicht Mietkündigungen aus. Ein Beispiel von vielen ist das Schreiben von Lothar Hartung aus Langeloh (BRD) an die

Firma Textilwaren Ludwig GmbH im Breiten Weg 254 in Magdeburg: „... und wir kündigen Ihnen hiermit vorsorglich die gemieteten Räumlichkeiten zum Datum der Übernahme des Hauses durch uns. Grundlage ist das heutige Datum, also der 1. August 1990. Bitte richten Sie sich frühzeitig darauf ein, da wir juristische Hilfe in Anspruch nehmen werden, wenn Sie nicht Folge leisten...“

Die derzeitige Rechtslage für die Gewerbetreibenden führt zu großer Verunsicherung, schrieben Vertreter der Magdeburger Industrie- und Handelskammer deshalb in einem Brief an den Ministerpräsidenten. Zugleich forderten sie von der Regierung die Schaffung von Strukturen, die Manipulationen bei der Gewerbeerwerbvergabe ausschließen. Hatte sich doch noch im Frühjahr der Runde Tisch darauf verständigt, in den Kommunen bestehende Gewerbebetriebe zu entwickeln, dann Neugründern eine Chance zu geben und — an dritter (!) Stelle — fremde Bewerber zu fördern. Derzeit jedoch werde genau umgekehrt verfahren. Weil sie zahlungskräftiger sind, würden bei der Gewerbevergabe oftmals bundesdeutsche Unternehmen den Zuschlag erhalten.

KURZ

Ausnahmestand

Islamabad. Nach der Entlassung von Premierministerin Benazir Bhutto am Montag hat Staatspräsident Ghulam Ishaq Khan über ganz Pakistan den Ausnahmezustand verhängt. (Siehe Seite 4)

Estland jetzt unabhängig

Moskau. Der Oberste Rat Estlands hat am Dienstag praktisch seine Souveränität bestätigt und damit nach Aussagen eines Pressesprechers in Tallinn die Grundlagen für Verhandlungen mit der UdSSR-Führung geschaffen.

Raketenanriff

Kabul. Mindestens 14 Tote hat am Montag der Beschuß Kabuls durch Kräfte der bewaffneten Opposition mit Raketen gefordert. 10 Menschen wurden verletzt.

Waffenräuber verhaftet

Belgrad. Wegen schweren Waffenraubs wurden am Dienstag in Zagreb drei Personen verhaftet. Die Täter hatten in einem Waffengeschäft Waffen und Munition im Werte von rund 43 000 DM erbeutet.

Drechsler sprang 7,26 m

Malmö. DDR-Weitspringerin Heike Drechsler gewann beim Leichtathletik-Sportfest in Malmö mit sehr guten 7,26 m.

Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft „Südost“ in Magdeburg

3012 MAGDEBURG
Alt-Fernsehturm 91, Tel. 42414

Pa. Schmidt
Holsteiner Str. 2a
Magdeburg
3 0 1 3

Sprechtag:
Dienstag von 9-12 u. 14-18 Uhr

Nr. Zuhlen	Unser Zuhlen	Datum
WN 1925	L/Bu	11. 07. 1990

Miete für den Gewerberaum

Mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion ist die Mietpreiserhöhung zum 30. 06. 90 aufgehoben.

Auf der Grundlage ortsüblicher Tarife berechnen wir Ihnen mit Wirkung vom 15. Juli 1990 entsprechend des Mietvertrages vom 15. 05. 53 folgende Miete:

bisherige Miete/Monat	= 111,40 DM
neue Miete/Monat	= 1.242,- DM

Differenzbetrag für den Monat Juli: 565,30 DM

Den Differenzbetrag wollen Sie bitte bis zum 20. 07. 90 überweisen.

Ein neuer Mietvertrag wird Ihnen bis zum Ende des Jahres auf der Grundlage des BSB abgeschlossen.

Haus
Vorstand